



**Christlich-Demokratische Union
CDU-Stadtratsfraktion**

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Stadtratsfraktion**

Herrn Oberbürgermeister
Hansjörg Eger
Maximilianstraße 100
67346 Speyer

Speyer, den 27.04.2017

US-Depot Germersheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtrates zu setzen:

Seit einigen Wochen sind Pläne der US-Streitkräfte bekannt, durch einen Ausbau einer Halle ihres Germersheimer Depots (in der Gemarkung Lingenfeld gelegen) Lagerkapazitäten für Chemieprodukte massiv zu erweitern. Die Rede ist davon, die Kapazität der in der Presse als Gefahrstofflager bezeichneten Halle von 70 auf 1900 Tonnen zu erweitern. In den direkt betroffenen Gemeinden hat dies bereits Sorgen und Proteste ausgelöst, und auch im Verbandsgemeinderat von Römerberg-Dudenhofen ist eine Resolution in Vorbereitung mit der Forderung, alle zuständigen Behörden sollten die Erweiterung des Gefahrstofflagers verhindern.

Auch die Stadt Speyer befindet sich noch in so großer Nähe zu der betreffenden Liegenschaft, dass Störfälle je nach Qualität der dort gelagerten Stoffe unter Umständen schlimme Konsequenzen für die Bevölkerung unserer Stadt haben könnten. Vor diesem Hintergrund haben wir folgende Fragen:

1. Was weiß die Stadtverwaltung darüber, was derzeit im Depot Germersheim gelagert wird, und was von den Ausbauplänen?
2. Wieso wird von einem "Gefahrstofflager" gesprochen, wenn doch laut Aussage der US-Streitkräfte bisher und künftig nur "übliche Kraftfahrzeug- und Wetterschutzprodukte, einschließlich Schmieröl, Enteisungsflüssigkeit, Hydraulikflüssigkeit, Frostschutzmittel, Reinigungsmittel, Schmierfett, Bremsflüssigkeit, Nebelöl, Dichtungsmittel, Holzkohleseife, Toiletten-Frostschutzmittel, Staubschutzmittel Inhibitor, Entfeuchtungsmittel, flüssiger Reifenschäum, Batterien für Feuerlöscher sowie fluoreszierende und Halogen-Metaldampflampen" (zit. nach RHEINPFALZ 04.04.2017) gelagert werden?
3. Welche Behörde ist für die Erteilung der notwendigen Genehmigung(en) zum Ausbau zuständig?
4. Hat die Stadtverwaltung die Möglichkeit, in diesem Verfahren Akteneinsicht zu nehmen und ggf. wegen möglicher Gefährdungen der Speyerer Bevölkerung Einwendungen geltend zu machen?"

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Dr. Axel Wilke
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez. Walter Feiniler
SPD-Fraktionsvorsitzender

eingegangen per E-Mail